

Ausbildungsplatzgarantie jetzt! Aktionsveranstaltung der Landesschülervertretung Hessen, DGB-Jugend, GEW und dem Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit zur Bundestagswahl 2013 in Frankfurt/Main am 21.05.2013

„Ausbildungsplatzgarantie jetzt“ – Unter diesem Motto lud die Landesschülervertretung Hessen für den 21. Mai zusammen mit der GEW (Bund und Hessen), der DGB-Jugend und dem Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit zu einer Aktionsveranstaltung ein, die in der berufsbildenden Schule im Baubereich, Philipp-Holzmann-Schule, in Frankfurt/Main stattfand. Anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl sollte offensiv die Forderung nach einer Ausbildungsplatzgarantie an die im Bundestag vertretenen Parteien gerichtet werden. 150 Teilnehmer/innen waren anwesend, überwiegend Jugendliche, aber auch interessierte Pädagoginnen und Pädagogen. Als Gäste aus der Politik waren vertreten: Willy Brase, MdB, SPD, Kai-Uwe Hemmerich, CDU, Betriebsrat bei der Firma Clariant, Arfst Wagner, MdB, Bündnis 90/die Grünen, Agnes Alpers, MdB, die Linke und Jürgen Lenders, MdL Hessen, FDP. Sie sollten zu der Forderung nach einem Rechtsanspruch auf Ausbildung Stellung nehmen und wurden mit dringlichen Fragen aus dem Publikum konfrontiert. Immer wieder meldeten sich Jugendliche zu Wort, berichteten von den Schwierigkeiten bei der Ausbildungssuche und über ihre Zweifel an der Politik.

Nach der Begrüßung wurden den anwesenden fünf Politikerinnen und Politikern im Quiz „Wer wird der Super-Azubi?“ wichtige Fragen zur Ausbildungssituation gestellt. Dabei wurde klargestellt, dass sich bundesweit ca. 266 000 Jugendliche in Maßnahmen und Bildungswegen des sogenannten Übergangssystems befinden. Von den 824.626 Bewerber/innen war 2012 ein Drittel bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz erfolglos und ist dann in berufsvorbereitende Maßnahmen oder andere Bildungsangebote ausgewichen. Sie müssen bei den Ausbildungssuchenden mitgezählt werden, um ein realistisches Bild zu erhalten.

Danach gaben Ulrike Hestermann (IB/Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit) und Stefanie Odenwald (GEW) einen Einblick in die Themen Übergangssystem und Ausbildungsreife: viele Jugendliche werden als „nicht ausbildungsreif“ stigmatisiert und ihnen wird der Zugang zur Ausbildung verweigert. Die nicht besetzten Ausbildungsplätze sind auch zum Teil durch das Auswahlverhalten der Betriebe bedingt, das von (zu) hohen Ansprüchen an Jugendliche geprägt ist. Zum anderen würden manche angebotenen Ausbildungsplätze nicht den Interessen der Jugendlichen entsprechen. Wichtig ist deshalb eine verlässliche Unterstützung sowohl für die jugendlichen Bewerber/innen als auch für die ausbildenden Betriebe, um einen Rechtsanspruch auf Ausbildung für alle durchzusetzen.

In der darauf folgenden Podiumsdiskussion, moderiert von Kamyar Mansoori, meldeten sich auch viele Jugendliche zu Wort. Sie forderten mehr persönliche



Unterstützung, da die bisherige Beratung z.B. durch die Jobcenter von Ausbildungssuchenden als wenig unterstützend erlebt wird. Auch eine Unterstützung aller Jugendlichen unabhängig vom Schulabschluss wird aus dem Publikum gefordert – denn auch mit einem Realschulabschluss sei es nicht immer leicht, in eine gewünschte Ausbildung zu kommen.



Helmut Weick, Berufsschullehrer und jahrelanger Berater der Landesschülervertretung als Experte befragt, stellte fest, dass ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen das Recht auf freie Berufswahl gewährleisten müsse. Ohne Überhang an Ausbildungsplätzen gehe das gar nicht, so das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1980, das eine Größenordnung des Angebots an Ausbildungsplätzen von 112 % Prozent im Vergleich zu den Bewerbern nennt.



Ausbildungsgarantie: Pro und Contra

In der Abschlussrunde fassten die Parteienvertreter/innen ihre konkrete Position zur Ausbildungsgarantie noch einmal zusammen. Außerdem waren sie und später auch das Publikum aufgefordert, mit einer Karte auf einem Plakat Position zu beziehen. Am klarsten hat sich die Linkspartei für eine Ausbildungsgarantie ausgesprochen. Die Ausbildungsgarantie wolle sie durch eine Ausbildungsumlage finanzieren. Die SPD bejaht ebenfalls eine Ausbildungsgarantie, aber MdB Brase verspricht sich nicht allzu viel davon, wenn es nicht gelingt, mehr betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Vertreter von CDU und Bündnis90/die Grünen sahen in der Ausbildungsgarantie nicht unbedingt das geeignete Mittel, aber die Notwendigkeit, den Anspruch Ausbildung für Alle auch umzusetzen. Die FDP platzierte sich bei der visualisierten Befragung unter „Nein“. Die Meinungsäußerung der Jugendlichen mit ihren „Stimmzetteln“ war eindeutig: Sie sind für die Ausbildungsgarantie.



Zum Schluss wiesen die Veranstalter/innen auf die Online-Petition zu Ausbildungsgarantie hin und forderten zur Beteiligung daran auf:

<https://www.openpetition.de/petition/online/ausbildungsgarantie-jetzt>

